

SOZIALE ARBEIT BRAUCHT RÄUME!

In Berlin wird es zunehmend schwierig, bezahlbare Räume für soziale Arbeit zu finden. Die Zivilgesellschaft benötigt diese Räume, um soziale Angebote und Leistungen für die Berlinerinnen und Berliner bereitzustellen. Allerdings gibt es in Berlin immer weniger Platz für gemeinnützige Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft, obwohl der Bedarf an öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Infrastruktur steigt. Die steigenden Mieten und die begrenzte Verfügbarkeit von Räumen haben Auswirkungen auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Viele soziale Projekte und Einrichtungen sind gezwungen, ihre Angebote einzuschränken, umzuziehen oder ganz zu schließen. Für die Berlinerinnen und Berliner bedeutet dies, dass sie nun längere Wege zurücklegen müssen oder große Schwierigkeiten haben, Anlaufstellen und Beratungsangebote zu finden. Der Verlust solcher Einrichtungen hat auch negative Auswirkungen auf die Stadt selbst: Soziale Organisationen tragen wesentlich zur Stärkung von Nachbarschaften bei und machen Berlin zu einem lebenswerteren Ort.

Unsere Handlungsempfehlungen im Überblick, um der Sozialen Arbeit in Berlin wieder mehr Raum zugeben:

- Effizientere Nutzung vorhandener öffentlicher Räume durch unbürokratische Mehrfach- und Zwischennutzung
- Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der Raumsuche durch Förderung von Kooperationen
- Politische und gesetzliche Veränderungen vorantreiben

1. Effizientere Nutzung vorhandener öffentlicher Räume durch unbürokratische Mehrfach- und Zwischennutzung¹:

- Mit-Nutzung von öffentlichen Gebäuden, wie z.B. Bibliotheken, Räumen in Rathäusern oder Verwaltungsgebäuden
- Leerstehende Räume der öffentlichen Hand für soziale Angebote ermöglichen
- Öffentliche Räume in Randzeiten kostenfrei und unbürokratisch zur Verfügung stellen
- Förderung von Zwischennutzungen und temporären Nutzungen
- Flächen im öffentlichen Raum für Kiezaktionen und Feste zur Verfügung stellen. Es werden Gebühren für Beantragungen fällig, wo es eine berlinweite einheitliche Klärung geben sollte.
- Im Zusammenhang mit Mehrfach- und Zwischennutzung entsprechende Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen klären, wie verwaltungs- und versicherungstechnischer Fragen.
- Landesrahmenversicherung für öffentliche und gemeinnützige Räume einführen
- Digitale Raumübersicht des Landes Berlin weiterentwickeln, Aktualität sicherstellen und weitere Funktionen prüfen, um Angebot und Nachfrage besser zusammenzubringen

2. Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der Raumsuche durch Förderung von Kooperationen

- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft zur Anmietung von Gewerberäumen
- Erstellung einer Übersicht über leerstehende Gewerberäume für mögliche soziale Angebote
- Schaffung von Modellprojekten zur temporären Nutzung von öffentlichen Räumen während Sanierungsphasen
- Räume die saniert werden gemeinnützigen Organisationen als Zwischennutzung zur Verfügung stellen, da diese vor der Sanierungsphase oft lange leer stehen.
- Förderung der Kooperation und Nutzung von Raumressourcen zwischen verschiedenen Organisationen und Trägern

¹ Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat zu dem Thema Mehrfachnutzung sozialer Infrastrukturen weitere Informationen bereit gestellt: <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/planung/planungskoordination-soziale-infrastruktur/mehrfachnutzung-mfn/>

3. Politische und gesetzliche Veränderungen vorantreiben:

- Zwingende Änderung im Mietrecht für Gewerberäume auf Bundesebene, um gemeinnützige Organisationen vor horrenden Mieterhöhungen und kurzfristigen Kündigungen zu schützen.
- Differenzierung von gemeinnützigen und privatwirtschaftlichen Organisationen im Gewerbemietrecht.
- Anreize für längere Mietverträge und verlässlichere Konditionen für gemeinnützige Organisationen und Träger schaffen.
- Möglichkeiten und Grenzen zur Ausweitung des Milieuschutzes in Berlin für gemeinnützige Organisationen neu denken.

Unser Beitrag für bessere Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft braucht fördernde Rahmenbedingungen, die auf Augenhöhe gemeinsam entwickelt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin e.V. hat diese Liste mit Handlungsempfehlungen entwickelt, um mit Verwaltung und politisch Verantwortlichen in den konstruktiven Austausch zu kommen. Wir streben an, Bürokratie abzubauen und Rahmenbedingungen zu verbessern, damit soziale Arbeit mehr Wirkung entfalten kann. Die hier genannten Handlungsempfehlungen sind nicht abschließend, vielmehr sind sie ein Angebot, ins Gespräch zu kommen.

Wir stehen für den Austausch und die Umsetzung mit Politik und Verwaltung bereit – im Sinne des gemeinsamen Ziels #berlinbessermachen. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema Bezahlbare Gewerberäume, verbesserter Kündigungsschutz und Ausweitung des Milieuschutzes auf soziale Organisationen finden Sie in unserem Positionspapier [„Kostensteigerungen bedrohen die Zivilgesellschaft“](#).

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin – wer wir sind und wozu es uns gibt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin ist ein Dach- und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege. Er vertritt die Interessen der Mitgliedsorganisationen und berät sie bei rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und sozialen Fragen. Er setzt sich für die Rechte hilfebedürftiger Menschen und für die Förderung der Zivilgesellschaft ein. Unter Paritätischem Dach in Berlin sind über 800 eigenständige freie gemeinnützige Organisationen vereint.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin macht sich stark für ein lebenswertes Berlin mit guten sozialen Angeboten für alle.

Ihre Ansprechpersonen

Anne Jeglinski

Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke

Telefon: 030 86 001-601

jeglinski@paritaet-berlin.de

Anika Göbel

Stadtteilarbeit und Wirkung

Telefon: 030 86 001-615

goebel@paritaet-berlin.de